

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 848 pbbn d

Inhalt

Helga Eistner, Präses der Gesundheitsbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, zur Gesundheitspolitik im Spannungsfeld der Ansprüche: Es darf keine Dogmen geben. Seite 1

Alexander Longolius MdB, SPD-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus, schildert die Situation der Berliner SPD nach dem Wahltag: Aufrecht in die Opposition. Seite 3

Uwe Holtz MdB fordert, daß die Regierung Reagan in Südafrika die carterische Menschenrechtspolitik fortsetzt: Mobilisierung des öffentlichen Bewußtseins. Seite 5

Dokumentation

Antrag des SPD-Vorstandes für den Münchner Bundestag: Verhaltensregeln. Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 94

19. Mai 1981

Es darf keine Dogmen geben

Gesundheitspolitik im Spannungsfeld der Ansprüche

Von Helga Eistner
Präses der Gesundheitsbehörde und Bürgermeisterin
der Freien und Hansestadt Hamburg

Sozialdemokratische Gesundheitspolitik muß sich auf das Spannungsfeld zwischen den Ansprüchen der Bürger auf eine optimale medizinische Versorgung im Krankheitsfalle einerseits und auf die Dämpfung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen andererseits einstellen. Die gestiegenen Erwartungen an eine moderne medizinische Versorgung, und das wird niemand ernsthaft bestreiten können, erfordern eine gute Ausstattung aller Gesundheitseinrichtungen mit Gerät und technischen Hilfsmitteln sowie auch gerade mit entsprechend gut ausgebildetem und vor allem ausreichendem Personal. Dies trifft in besonderem Maße auf die Krankenhäuser zu, wo die Patienten mit besonders schweren Erkrankungen und auch in großer Zahl Notfälle behandelt werden.

Hier ist es wichtig, die reale Arbeitsplatzsituation im einzelnen Krankenhaus, ja auf der einzelnen Station zu analysieren, um dann auf dieser Grundlage zu gezielten Verbesserungen zu gelangen. Dieses Verfahren wird von der Gesundheitsbehörde in Hamburg bereits seit Jahren praktiziert. Die von vielen immer wieder zitierten Anhaltswerte, zum Beispiel die der Deutschen Krankenhausgesellschaft, können dabei nur wenig Hilfestellung bieten. In den großen öffentlichen Hamburger Krankenhäusern haben wir für die einzelnen Pflege- und Funktionsbereiche unterschiedliche



Schlüsselzahlen erarbeitet, die im einzelnen Haus vor dem realen Hintergrund noch entsprechend variiert werden.

Eindeutig kritisieren möchte ich in diesem Zusammenhang die in der öffentlichen Diskussion der letzten Zeit mehrfach genannten vier Bedarfszahlen für Krankenhauspersonal. Solche pauschalen Forderungen helfen uns in der Sachdiskussion ebenso wenig weiter wie die Behauptungen einiger Krankenkassen, es gebe zuviel Personal in den Krankenhäusern. Die unbestritten notwendige Dämpfung des Kostenanstiegs im Gesundheitswesen kann sinnvoll nur angestrebt werden, wenn unter Wahrung des Qualitätsanspruchs alle Beteiligten über die zur Versorgung der Bevölkerung erforderlichen medizinischen Angebote intensive Überlegungen anstellen. Hierbei darf es keine Dogmen geben!

Als Ansatzpunkte möchte ich beispielhaft die zukünftig noch notwendige Vermeidung von Doppelarbeit sowohl im diagnostischen als auch im therapeutischen Bereich durch niedergelassene und im Krankenhaus tätige Ärzte nennen. Außerdem darf, um die in den Krankenhäusern aus Versorgungsgründen erforderlichen Einrichtungen optimal nutzen zu können, in bestimmten Fällen die Behandlung von Patienten in den Krankenhäusern nicht aus sachfremden Gründen zum Tabu erklärt werden.

Andererseits sollten alle Patienten, die nicht im Krankenhaus behandelt werden müssen, diese kostenintensiven Institutionen nicht zusätzlich belasten, sondern, auch zum Vorteil der Patienten selbst, im ambulanten Bereich versorgt werden. Und nicht zuletzt müssen, um die Versorgungsqualität zu wahren und wo notwendig und möglich noch zu steigern, nicht mehr erforderliche stationäre Behandlungsangebote weiterhin an den tatsächlichen Bedarf angepaßt werden. Da die Gesundheitspolitik in dem bezeichneten Spannungsfeld leben muß, gilt es, ohne Scheuklappen das jetzt Erforderliche zu tun und zwar in gemeinsamer Verantwortung aller Beteiligten. (-/19.5.1981/hi/ca)

+

+

+



Aufrecht in die Opposition

Die Berliner SPD nach dem Wahltag

Von Alexander Longolius MdB

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Das Jahr 1981 hatte für die Berliner Sozialdemokraten mit der schwersten Krise ihrer Nachkriegsgeschichte begonnen. Der Bürgerschaftsfall Garski war Symbol für eine Situation, in der sich die objektiven Probleme der Stadt mit innerparteilichen Verkrustungen und persönlichem Fehlverhalten zu einem auch von den Medien jahrelang aufgebauten Eindruck der Regierungsunfähigkeit verbanden.

Als Dietrich Stobbe mit seinem Senat zurücktreten mußte, war ein radikaler Neubeginn notwendig. Mit Hilfe der Bundespartei wurde die Chance genutzt. Hans-Jochen Vogel konnte die sozial-liberale Koalition erneuern, als Regierender Bürgermeister von Berlin war er zugleich der wichtigste Motor für eine neue Politik, die eine deutliche Selbstkritik der SPD mit kraftvollen Entscheidungen für Berlin verband. Mit ihm trat die SPD für Neuwahlen ein, der Wähler sollte rasch sein Urteil über den neuen Anfang fällen. Das hat er am 10. Mai getan.

Das Wahlergebnis läßt unterschiedliche Aussagen zu:

1. Die SPD hat ihr schlechtestes Ergebnis bei Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus erzielt. Mit 38,4 Prozent verlor sie 4,3 Prozentpunkte. Die Sozialdemokraten werden nur noch zwei Bezirksbürgermeister stellen. Der Rückgang ihres Stimmenanteils seit 1963, der nur 1979 durchbrochen worden war, setzte sich damit fort.

Gleichzeitig verbuchte die CDU ihren bisher höchsten Erfolg. Sie kam der absoluten Mehrheit sehr nahe, ein weiterer Anlaß für selbstkritisches Nachdenken bei den Berliner Sozialdemokraten.

2. Das Ergebnis der Berliner Wahlen macht aber auch Mut. Meinungsumfragen gaben der SPD im Januar 1981 nur circa 27 Prozent der Stimmen, große Teile der Partei waren demoralisiert und nicht länger bereit, die Verantwortung für die Bewältigung der Probleme Berlins zu tragen.

Der 10. Mai sah eine andere SPD: Geschlagen, aber selbstbewußt und von der Gewißheit durchdrungen, daß viele Berliner den Neubeginn unter Hans-Jochen Vogel verstanden und honoriert hatten.

Wir haben einen guten Wahlkampf geführt. Von dem Ergebnis hätte im Januar niemand zu träumen gewagt. Dieser Erfolg ist vor allem Hans-Jochen Vogel zu verdanken. Sein beispielhafter Einsatz hat wesentlich dazu beigetragen, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, ein Beispiel für Glaubwürdigkeit in unserer Stadt zu setzen und auch gegen den massiven Einsatz des Großteils der veröffentlichten Meinung einen neuen Motivationsschub innerhalb der Berliner SPD auszulösen.

Auf der anderen Seite ist festzuhalten, daß die Berliner CDU trotz der denkbar günstigsten Voraussetzungen ihr Wahlziel der absoluten Mehrheit nicht erreicht hat. 52 Prozent der Wähler haben sich gegen einen Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker ausgesprochen, 52 Prozent haben gegen die Sachaussagen der CDU zur Mietpreisbindung, zu den Hausbesetzungen, zur Wirtschaftspolitik, zur Familien- und Jugendpolitik, ecetera, votiert, 52 Prozent haben die innen- und außenpolitische Konfrontationspolitik der CDU abgelehnt. Die Schwierigkeiten des Herrn von Weizsäcker bei der Senatsbildung hängen eng mit dieser Tatsache zusammen.

3. Die Alternative Liste hat einen bemerkenswerten Erfolg errungen. Er ist das wichtigste Ergebnis dieser Berliner Wahlen und kann nur als politischer Ausdruck des Jugendprotestes in unserer Stadt verstanden werden. Wir dürfen nicht leugnen, daß der Zuwachs der Stimmen für die AL von den Berliner Parteien, insbesondere auch von der SPD, selbst verschuldet wurde. Sie haben es nicht verstanden, den bei vielen Jugend-



lichen vorhandenen Widerstand gegen unsere oft sehr materialistische, oft sehr lieblose, oft nur einer bürokratischen Effizienz verpflichteten Welt aufzugreifen und durch einen wirklichen Dialog das Engagement der jungen Mitbürger in unser politisches System einzubringen. Der Verlust an Glaubwürdigkeit, der durch das Auseinanderfallen von Reden und Handeln bei Vertretern aller Parteien in der Vergangenheit zu bemerken war, ist bei der Jugend nicht ohne Resonanz geblieben. Die Wucherungen des ökonomischen Prinzips mit ihrer Verabsolutierung des Materiellen Wohlstandes haben viele junge Bürger für die immer deutlicher werdenden Mängel dieses Systems wach gemacht.

Die Allmacht der Verwaltung, die immer größere Bereiche unserer Gesellschaft staatlicher Fürsorge und Betreuung unterwirft, hat oft den persönlichen Freiraum zur eigenen Gestaltung des Lebens eingeengt. Diese Tendenz hat bei vielen Bürgern das Bewußtsein verdrängt, daß dahinter der Wunsch nach einer größtmöglichen sozialen Gerechtigkeit steht.

Die Suche nach neuen Wertsystemen und die stärkere Betonung von Idealen gegenüber nüchternen Sachargumenten haben mit der AL eine Partei begünstigt, die dieses gefühlsmäßige Element, die Spontanität und die Ablehnung von Sachzwängen in den Vordergrund ihrer politischen Aussagen gestellt hat. Das diffuse Erscheinungsbild der AL und die geringe Realitätsnähe vieler ihrer Forderungen waren gerade für junge Bürger in einer Zeit, in der die Vertreter der anderen Parteien nur geringes Vertrauen besitzen, kein Grund, der AL die Stimme nicht zu geben.

Wir Sozialdemokraten werden vor allem die positiven Elemente dieser Bewegung suchen und aufgreifen. Die SPD hat aus ihrem sozialen Ursprung und aus ihrer langen Geschichte einen besonderen Zugang zu Gesellschaftskritik und Reformwillen. Sie darf beide auch dann nicht scheuen, wenn sie sich gegen Bestandteile der eigenen Politik richten.

Die Berliner SPD hatte in ihrer Wahlplattform deutlich gemacht, daß sie eine Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition anstrebt, und hatte gleichzeitig einer Großen Koalition eine deutliche Absage erteilt. Der Wähler hat der CDU die Verantwortung für die Regierungsbildung übertragen und der SPD die Oppositionsrolle zugewiesen.

Dies haben Hans-Jochen Vogel und die Partei voll akzeptiert. Wir sehen dies als einen weiteren Schritt zur Rückgewinnung verloren gegangenen Vertrauens. Wir tun nach der Wahl das, was wir vor der Wahl gesagt haben.

In der Opposition wird die SPD den Neubeginn fortsetzen. Dabei werden wir auch die vielen positiven Arbeiten nicht vergessen, die in den letzten Jahren noch mit Dietrich Stobbe für Berlin geleistet worden sind. Das Bekenntnis zur Kontinuität unseres Engagements und unserer Verantwortung für Berlin wird auch in der Opposition ein wichtiger Bestandteil unserer Politik sein.

Hans-Jochen Vogel hat als Regierender Bürgermeister wichtige neue Akzente für die Politik in Berlin gesetzt. Auch als Oppositionsführer wird er der Stadt und darüber hinaus der deutschen Politik Perspektiven geben. Er hat sich selbstlos und ohne Rückversicherung für Berlin engagiert. Dies macht in besonderem Maße das moralische Element deutlich, das sozialdemokratische Politik auszeichnen muß. Die SPD gibt es nicht, weil die Gegenwart verwaltet werden muß, sondern weil es immer noch unbewältigte Probleme gibt, die am besten durch demokratische Sozialisten gelöst werden können.

Wir vor allem sind aufgerufen, den Frieden zu erhalten, Ausbildungs- und Arbeitsplätze als wichtige Lebensperspektive zu sichern, den jüngeren Mitbürgern das Gefühl der Zugehörigkeit zu unserer Gesellschaft zu vermitteln, soziale Benachteiligungen aususchalten und ein Klima der guten Nachbarschaft für alle Bürger unserer Stadt zu schaffen.

Ich rufe alle Berlinerinnen und Berliner auf, den Sozialdemokraten dabei zu helfen.
(-/19.5.1981/bgy/ca)

+ + +



Mobilisierung des öffentlichen Bewußtseins

In Südafrika darf sich Reagan nicht von Carters Politik abwenden

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

In vielen Ländern der Erde werden täglich die Menschenrechte mit Füßen getreten, so auch in Südafrika. Dennoch ist die Situation in Südafrika einzigartig: In keinem anderen Land der Erde beginnt die Diskriminierung schon mit der Geburt. Allein die Hautfarbe des Neugeborenen entscheidet über sein weiteres Schicksal. Deshalb darf sich die neue US-Administration gerade im Hinblick auf Südafrika nicht von der carterschen Menschenrechtspolitik abwenden.

Je dunkler die Hautfarbe desto düsterer die Zukunft - diese bittere Erfahrung machen die 25 Millionen Nicht-Weißen, darunter 22 Millionen Schwarze. Den fünf Millionen Weißen dagegen eröffnen sich alle Chancen einer Herrenrasse. Trotz einiger Retuschen bleibt Südafrika ein Land, in dem die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung nicht nur von der Teilhabe an der Macht ausgeschlossen, sondern in nahezu allen Bereichen des Landes benachteiligt ist.

Nach wie vor kann von Chancengleichheit keine Rede sein, keine Rede von sozialer Gleichstellung oder gar politischer Beteiligung. Für die Erziehung eines weißen Kindes wendet der Staat jährlich neun mal so viel Geld auf wie für ein schwarzes. Bei gleicher Arbeit verdienen Schwarze weniger als ihre weißen Kollegen. 1980 war das Durchschnittseinkommen eines weißen Haushaltes vier mal so hoch wie das eines Schwarzen. Ein Schwarzer mit einem oder mehreren Kindern zahlt höhere Steuern als ein Weißer unter gleichen Voraussetzungen. Für Weiße gibt es anders als für die Nicht-Weißen keine Wohnungsprobleme. Die Vorteile, weiß zu sein, sind also offensichtlich. "Wußten Sie", wurde auf einem Flugblatt der "Nationalen Partei" im Wahlkampfjahr 1981 gefragt, "daß Weiße 1,7 Millionen Autos besitzen und alle anderen Bevölkerungsgruppen nur 366.553?"

Nicht-Weiße haben kein Anrecht darauf, daß ihnen gegenüber die Menschenrechte eingehalten werden. Selbst die Ausübung des demokratischen Grundrechts der Wahl zeigt, daß in Südafrika Demokratie ein Vorrecht der Minderheit ist. Die Wahlen von Ende April 1981 waren Wahlen in der Rassendiktatur; denn nur die Weißen waren stimmberechtigt. Die Mehrheit, mehr als 80 Prozent der Bevölkerung, blieb ausgeschlossen. Knapp 2,3 Millionen wahlberechtigte weiße Südafrikaner waren aufgerufen, das Parlament zu wählen. Die seit 1948 alleinregierende rassistische "Nationale Partei" eroberte 131 der 165 Mandate. 26 Sitze gingen an die reformbereite "Progressive Föderale Partei"; die ebenfalls oppositionelle "Neue Republikanische Partei" kam auf acht Sitze. Die rechtsextreme rassistische "Wiederhergestellte Nationale Partei" der harten kompromißlosen Buren konnte ihren Stimmanteil vervierfachen. Wegen des Mehrheitswahlrechts zogen sie zwar nicht ins Parlament, aber 14 Prozent votierten für diese Partei, die sich gegen jedes Zugeständnis an die schwarze Mehrheit stemmt. Dieses Wahlergebnis bedeutet nichts Gutes für die Zukunft des Landes und für die Region des südlichen Afrika.

Bislang hat das Rassistenregime in Südafrika angesichts internationaler Kritik weder ihre Politik überprüft noch diese zum Anlaß genommen, der schwarzen Mehrheit einen effektiven politischen Einfluß zuzugestehen. Stattdessen nimmt die Regierung Zuflucht



zu Verfolgung, Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren, politischer Haft, zu Exekutionen und zur Verhängung von Bannsprüchen, um eine wirksame schwarze politische Opposition zu unterdrücken.

Als Rechtfertigung für eine solche menschenunwürdige Politik und für die Aufrechterhaltung der Herrschaft des weißen Mannes muß die Ideologie der Apartheid erhalten. Apartheid bedeutet die umfassende - nicht nur politische - Entrechtung und wirtschaftliche Ausbeutung der nicht-weißen Bevölkerungsmehrheit in allen Lebensbereichen. Apartheid heißt also systematische Benachteiligung und Unterdrückung, und zwar entlang der Rassegrenze. Die weiße Minderheit in der Republik Südafrika ist weniger denn je bereit, freiwillig auf ihr Unrechtsregime zu verzichten, das die politische Basis für ihre Privilegien gegenüber der Bevölkerungsmehrheit darstellt. Dies zeigt sich nicht nur in der immer skrupelloseren Außenpolitik der südafrikanischen Regierung, sondern auch in der wachsenden Repression und der Mißachtung der Menschenrechte im Innern. Gegen Andersdenkende wird rigoros vorgegangen. Die weiße Bevölkerung wird von dem Apartheidregime nicht auf die für eine friedliche Koexistenz der mehrrassigen Bewohner Südafrikas erforderliche Teilung der Macht mit der nicht-weißen Bevölkerungsmehrheit vorbereitet.

Die wirtschaftlich-politische Situation der letzten Jahre ist vor allem gekennzeichnet durch die von der südafrikanischen Regierung forciert betriebene Politik der "getrennten Entwicklung", die darauf hinausläuft, eine möglichst große Zahl von Schwarzen in "Heimatländern" anzusiedeln, wo sie die Staatsbürgerschaft der südafrikanischen Union und damit jegliches Recht verlieren. Der südafrikanischen Wirtschaft sollen sie jedoch weiterhin in der Form von Wanderarbeitern zur Verfügung stehen. Südafrika soll so zu einem "weißen" Staat werden, von schwarzen Satelliten umgeben.

Der Widerstand gegen ein solches Regime muß von den Unterdrückten selbst geleistet werden. Außenstehende können den Widerstand der Schwarzen unterstützen, indem sie mit dazu beitragen, die Stützpfeiler des Apartheidsystems, wozu auch wirtschaftliche Beziehungen gehören, zum Einbruch zu bringen. Die Mobilisierung öffentlichen Bewußtseins in der westlichen Welt ist ein wichtiges Instrument im Kampf um die Beseitigung menschenrechtswidriger Verhältnisse.

(-/19.5.1981/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der SPD-Vorstand hat am Montag in Bonn folgenden Antrag für den im Frühjahr 1982 stattfindenden Bundesparteitag beschlossen:

Verhaltensregeln

Der Bundesparteitag möge beschließen:

I. Der Parteitag erklärt in Übereinstimmung mit sozialdemokratischer Tradition und Programmatik:

- Sozialdemokraten müssen im eigenen und im allgemeinen Interesse darauf achten, daß die Zahl der von ihnen wahrgenommenen Ämter, Funktionen und Mandate so begrenzt ist, daß eine verantwortungsvolle Wahrnehmung jederzeit gesichert ist.
- Sozialdemokraten müssen bereit sein, für sich strenge Maßstäbe gelten zu lassen, wenn es um das Verhältnis von politischer Verantwortung und geschäftlichen Interessen geht.
- Von Sozialdemokraten, die in Parteifunktionen oder öffentlichen Ämtern gewählt sind, muß erwartet werden, daß sie auch bei Parteibeiträgen mit gutem Beispiel vorangehen. Dem entsprechend bekräftigt der Parteitag die Pflichten aus dem Organisationsstatut (Pararagraph 11 Absatz 9, Paragraph 13 Absatz 3) und der Wahlordnung (Paragraph 3 Absatz 6) und fordert die jeweiligen Gliederungen auf, die Einhaltung dieser Bestimmungen nachdrücklich durchzusetzen.

Der Parteitag schließt sich der Forderung des Parteivorsitzenden an, daß die Gliederungen der Partei sich verantwortungsbewußt mit der Übernahme von Ämtern, Mandaten und Funktionen durch Mitglieder der Partei befassen müssen. Ziel muß es sein, daß Ämterhäufung, Interessenkollision sowie Überlastungen verhindert und möglichst viele Mitglieder zur aktiven Mitarbeit in der Partei und für die Partei herangezogen werden.

II. Im einzelnen müssen hierbei folgende Grundsätze gelten:

1. Auf Europa-, Bundes- und Landesebene darf ein Mitglied insgesamt nicht mehr als ein parlamentarisches Mandat innehaben. Daneben ist die Ausübung eines kommunalen Mandats möglich. Die Entscheidung über Ausnahmeregelungen erfolgt nach Würdigung aller Umstände durch die Wahlgremien. Da, wo Kommunalverfassung, Regionalstruktur (Flächenregion) oder kommunale Aufgabenstellung es notwendig machen, ist das kommunalpolitische Mandat als eine Einheit zu betrachten. Kommunales Mandat beinhaltet in solchen Fällen auch weitere kommunale Verpflichtungen, die sich daraus unmittelbar ergeben (zum Beispiel Kreistage, Umlandverband, kommunale oder regionale Planungsgemeinschaft).
2. Bei Übernahme eines Mandats auf den Ebenen Europa/Bund/Land durch einen hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei erfolgt eine Beurlaubung ohne Bezüge.
3. Auf den Gliederungsebenen der Partei:
 - a/ Unterbezirk/Kreisverband
 - b/ Bezirk/Landesverband/Landesorganisation
 - c/ Bundesvorstandsind maximal zwei Vorstandsfunktionen wahrnehmbar.
Von dieser Regelung nicht betroffen sind:
 - alle hier nicht genannten Funktionen
 - die Übernahme von Funktionen, die sich automatisch aus einer anderen Funktion ergeben (zum Beispiel "geborene" Vorstandsmitglieder).
4. Jeder Bewerber für eine innerparteiliche oder parlamentarische Funktion ist verpflichtet, dem Wahlgremium gegenüber seine übrigen Funktionen offen zu legen.



5. Darüber hinaus dürfen von der Partei delegierte Mitglieder nicht mehr als zwei Aufsichtsrats- beziehungsweise Verwaltungsmandate wahrnehmen.
6. SPD-Mitglieder in öffentlichen Ämtern und Mandaten dürfen keinerlei Vergünstigungen in Anspruch nehmen, die ihnen von Institutionen angeboten werden, welche aufgrund des Amtes oder Mandates von diesen SPD-Mitgliedern beaufsichtigt oder kontrolliert werden.

Dies gilt insbesondere für:

- Die Konditionen von Banken, Sparkassen, sonstigen Kreditinstitutionen, in deren Aufsichtsorgan die öffentlichen Hände vertreten sind.
 - Bezugsbedingungen von Versorgungsunternehmen (Gas, Strom), die ihren Beschäftigten günstigere Bedingungen einräumen als ihren Kunden und solche Vorteile auch den Mitgliedern der Aufsichtsorgane bieten, obwohl diese Kundeninteressen wahrnehmen sollen.
 - Mietpreise für Wohnungen, die herkömmlich Amts- oder Mandatsträgern zur Verfügung gestellt und für die ein geringerer als der ortsübliche Quadratmeter-Mietpreis berechnet wird.
 - Einkaufsmöglichkeiten in Unternehmen, in deren Aufsichtsorgane Amts- oder Mandats-träger wegen staatlichen oder kommunalen Aktienbesitzes oder sonstiger Anteile be-rufen werden.
 - Kreditbedingungen, die öffentliche Arbeitgeber den Beschäftigten der öffentlichen Hände einräumen.
7. Art und Umfang privater Rechtsgeschäfte und Dienstverträge des Amts- oder Mandats-trägers mit einem wirtschaftlichen Unternehmen innerhalb seines Amtsbereiches sind nicht reine Privatangelegenheit. Jeder Inhaber eines Amtes oder mit Entscheidungs-befugnis ausgestatteten Dienststellung ist gehalten, im Rechtsverkehr mit Dritten auch den Schein einer Interessenkollision zu meiden.
 8. Zur finanziellen Absicherung sozialdemokratischer Politik gehört die Durchsetzung der Beitragsehrlichkeit. Für die Übernahme von Parteiämtern und -funktionen muß Beitrags-ehrlichkeit selbstverständliche Voraussetzung sein. Spenden von Einzelpersonen oder Organisationen sind eine aktive Unterstützung der Parteiarbeit. Sie sind abzulehnen, wenn sie vom Spender erkennbar in der Absicht an die Partei gegeben werden, wirt-schaftliche Vorteile durch Verwaltungshandeln oder durch Handlungen von Wirtschafts-unternehmen oder öffentlichen Hand zu erreichen oder wenn sie die Partei hindern könnten, ihre durch Programm und Beschlüsse festgelegte Politik zu betreiben.
Spenden an die Partei werden entsprechend den gesetzlichen Regelungen vereinnahmt und öffentlich ausgewiesen.
Wenn Kandidaten für eine parlamentarische Funktion Spenden sammeln, so sind sie auf einem Konto der jeweilig zuständigen Parteigliederung einzuzahlen.
 9. Die Bezirke werden beauftragt, diese Verhaltensregeln im Rahmen ihrer Organisations-hoheit entsprechend den zu berücksichtigenden regionalen und organisatorischen Ge-gebenheiten auszufüllen. (-/19.5.1981/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

